



Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdL a.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, E. Kopp, H. Leverkus, BM B. Lisbach, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J.Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL, U. Schäfer, Min. a.D., B. Schäfer-Wiegand, C. Schmiedel, MdL a.D. R. Schmitt-Illert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

Informationen für die Medien

Württemberg in Landeregierung überrepräsentiert **Viele Regierungsmitglieder von außerhalb/nur ein Drittel aus Baden/ Forderung nach Badenerquote von 45 Prozent**

Karlsruhe (hom). In den vergangenen Jahren hat die Landesvereinigung Baden in Europa e.V. zahlreiche Untersuchungen über die Strukturpolitik und der unterschiedlichen Finanzierungen in den beiden ehemaligen Bundesländern. Baden und Württemberg vorgelegt. Darauf wies der Vorsitzende der Landesvereinigung, Prof. Robert Mürb, bei einer Pressekonferenz am Mittwoch, 20. Oktober, hin. Außerdem, so Mürb weiter „haben wir jeweils die Einnahmen der Finanzämter der beiden Landesteile einander gegenübergestellt. Dabei haben wir nachweisen können, dass die Steuereinnahmen der großen Werke von Daimler -Benz ,Bosch und anderen in Gaggenau, Rastatt, Kuppenheim, Karlsruhe, Mannheim und anderer badischer Städte bei den vier Finanzämtern in Stuttgart versteuert werden. Ebenso werden die Steuern der Beamten und Angestellten des Landes, also Mitarbeiterinnen der Universitäten, Schulen, der Polizei und der Verwaltung etc., die in Baden arbeiten vom Landesbesoldungsamt beim Finanzamt Stuttgart vier abgeführt.

In Baden erarbeitet Einkünfte in Württemberg versteuert

Wenn diese Steuern Baden zugerechnet würden, wo sie erarbeitet werden, wären die Steuereinnahmen in Baden pro Einwohner höher als in Württemberg.“ Der Eindruck, der in Württemberg auch von Vertreterinnen des Landtages und der Landesregierung vermittelt werde, dass die Fusion der beiden Länder für Baden ein finanzieller Gewinn darstellte, sei also falsch, solange nicht finanziell beide Landesteile gerecht behandelt würden. Landtag und Landesregierung haben, so Mürb, dies offensichtlich ebenfalls erkannt und 2015 die Ergänzung der Landesverfassung in Paragraf 3a beschlossen. Sie lautet: „Der Staat fördert gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land.“ Bei kritischer Prüfung stellt die Landesvereinigung aber fest, dass diese Forderungen kaum realisiert werden.

Bei der Ursachenforschung ist die Landesvereinigung auf die Bedeutung der Einflussnahme der handelnden Personen gestoßen.

Personal in den Ministerien zu 85 Prozent aus Württemberg

Das Personal der Ministerien besteht nach Einschätzung von Fachleuten zu rund 85 Prozent aus im württembergischen Landesteil lebenden und denkenden Damen und Herren. Die Amtsschefs der Ministerien sind ausnahmslos nicht aus Baden und kennen den württembergischen Landesteil bei weitem besser. Im Landtag sitzen 154 Abgeordnete. Davon leben und arbeiten nur 62 in Baden, aber 92 in Württemberg. Bei der Gründung des Landes Baden-Württemberg wurde von den Verhandlungskommissionen verabredet, dass Landtag und Landesregierung jeweils die Einwohnerzahlen der Landesteile widerspiegeln werden.

Landtagswahlreform muss Mangel an Frauen und Badischen Abgeordneten beheben

Die badischen Vertreter verlangten einen Einigungsvertrag um diese und andere Forderungen festzulegen, was von der württembergischen Seite mit dem Hinweis, dass man diese „Eheschließung nicht durch ein solches Mißtrauen belasten“ dürfe abgelehnt. Man würde diese Forderung aber selbstverständlich praktizieren. Es wäre sehr aufwendig zu recherchieren, ob diese mündliche Absprache jemals beachtet wurde. Zeitgenossen berichten, dass alle einschlägigen derartige Erinnerungen in den Fraktionen des Stuttgarter Landtages mit dem Hinweis, „dass die Badenfrage mit der zweiten Abstimmung im Jahr 1970 erledigt“ worden sei, abgetan. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat der Landesvereinigung in einem Gespräch vorgeschlagen, dass sie stellvertretend für Baden die beiden Regierungsbezirke Freiburg und Karlsruhe und für Württemberg die Regierungsbezirke

Stuttgart und Tübingen bei ihren Vergleichen zugrunde legen solle. So hat Baden 5.069.000 und Württemberg 6.018.518 Einwohner. Vertreten wird Baden aber nur von 62, Württemberg jedoch von 92 Abgeordneten. Die Landesvereinigung stellt damit fest, dass die anstehende Landtagswahlreform nicht nur den Mangel an Frauen, sondern auch von in Baden lebenden Landtagsabgeordneten beseitigen muss.

Ein Blick auf die einschlägige Karte zeigt, dass der Stuttgarter Raum unverhältnismäßig durch eine hohe Zahl von Abgeordneten vertreten ist und vor allem Südbaden, aber auch Regionen in Württemberg, schwach vertreten sind. Diesbezügliche Hinweise der Landesvereinigung werden bisher mit dem Hinweis abgetan, dass ein Abgeordneter für das ganze Land zuständig sei, aber die Grundlage für richtige Entscheidungen, so Mürb: „sind nun mal, die Kenntnisse einer Region und den Bedürfnissen deren Einwohner, Wirtschaft, Kultur und natürlichen Gegebenheiten.“ Bewiesen haben dies manche Fraktionen vor der Wahl 2021 bei der defizitären Beantwortung der von der Landesvereinigung erstellten Wahlprüfsteine, insbesondere auch bei der Beantwortung der Fragen zu nachbarschaftlichen Beziehungen am Rhein.

Übergroßer Anteil Regierungsmitglieder aus Württemberg

Noch immer stammt der übergroße Anteil der Mitglieder in der Landesregierung Baden-Württemberg aus dem württembergischen Landesteil. Dieses Ergebnis einer von einem Mitglied der Landesvereinigung vorgenommenen Untersuchung hat Robert Mürb bei dem Pressetermin ebenfalls vorgestellt. Danach haben bei einem Anteil Badens an der Bevölkerung des Landes von 45 Prozent lediglich gut ein Drittel der

Regierungsmitglieder Wurzeln in oder enge Bezüge zu Baden.

Aus Württemberg dagegen stammen 41,4 Prozent der Mitglieder, aus anderen Bundesländern oder Staaten kommen 24 Prozent. Da diese in der Regel aber engen Bezug zu Württemberg haben liegt der Anteil an Mitgliedern der Landesregierung mit württembergischen Wurzeln oder Beziehungen bei rund 65,5 Prozent. Der Bevölkerungsanteil Württembergs macht stattdessen lediglich 55 Prozent aus. Württemberg ist damit weiterhin in der Landesregierung überrepräsentiert. Die Landesvereinigung Baden in Europa bedauert dies und wünscht sich Verbesserungen der Verhältnisse, falls es einmal zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Landesregierung kommen sollte.

So stammen etwa sowohl Ministerpräsident Winfried Kretschmann als auch sein Stellvertreter, Innenminister Thomas Strobel, aus Württemberg, ebenso mit Verkehrsminister Winfried Hermann einer der wichtigsten Minister in der Landesregierung. Desgleichen Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut. Finanzminister Danyal Bayaz oder Wissenschaftsministerin Theresia Bauer kommen aus Baden oder haben engen Bezug zu Baden, während etwa Sozialminister Manfred „Manne“ Lucha Bayer mit engen Bindungen zu Württemberg ist. Ähnliche Verhältnisse hat die Untersuchung bei den Staatssekretärinnen und Staatssekretären in der Baden-Württembergischen Landesregierung ergeben. Die Landtagspräsidentin Muchterem Aras ist Württembergerin mit kurdischer Herkunft, einer ihrer Stellvertreter, Wolfgang Reinhardt, kommt aus Württemberg. Lediglich der andere

Stellvertretende Landtagspräsident, Daniel Bom, aus Rheinland-Pfalz stammend, lebt in Baden.

Vier von fünf Fraktionschefs aus Württemberg

Noch deutlicher sind die Ungleichheiten bei den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und der Landtagsparteien. Lediglich der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Bernd Gögel, stammt aus Baden. Alle vier weiteren Fraktionschefs sind Württemberger. Bei den Parteivorsitzenden ist lediglich der Co-Chef von Bündnis 90/Die Grünen, Oliver Hildenbrand, aus Baden. Zwei Parteivorsitzende stammen aus anderen Bundesländern – Hildenbrands weibliche Mitvorsitzende Dr. Sandra Detzer kommt aus Bayern, die Landesvorsitzende der AfD, Alice Weidel, stammt aus Nordrhein-Westfalen. Alle anderen Leiter der Landesparteien sind Württemberger. Die Landesvereinigung Baden in Europa und ihr Vorsitzender, Prof. Robert Mürb, sehen in diesen nach wie vor vorhandenen ungleichen Verhältnissen noch immer eine Bevorzugung Württembergs gegenüber dem nur gering kleineren Landesteil Baden. Denn es liege in der Natur der Sache und sei menschlich, dass man trotz des in der Landesverfassung verankerten Verbots der Ungleichbehandlung der Landesteile sich eher für den Teil des Landes einsetze, in dem man aufgewachsen sei, in dem man lebe oder zu dem man enge Bezüge habe. Mürb abschließend: „Es sieht so aus, als ob es in der Landesregierung eine ungeschriebene Frauenquote von 45 Prozent geben würde. Und wie wäre es mit einer Badenerquote von 45 Prozent?“